

11.12.2020 - 01:00 Uhr

Aktueller UNICEF-Report - Kindeswohl auch in reichen Ländern in Gefahr



Florenz/New York/Zürich, 11. Dezember 2020 - Laut ihrem jüngsten Bericht erwartet UNICEF, dass die Kinderarmut in einkommensstarken Ländern für mindestens die nächsten fünf Jahre höher sein wird als noch vor der Corona-Krise. Nur zwei Prozent der von Regierungen in den OECD- und EU-Ländern bereitgestellten Finanzhilfen wurden während der ersten Welle zur Unterstützung von Kindern und Familien bereitgestellt.

"Die finanzielle Unterstützung, die direkt an Kinder und Familien fließt, entspricht weder den schwerwiegenden Folgen der Pandemie noch wird sie der voraussichtlichen Dauer der Auswirkungen dieser Krise auf diese Länder gerecht", sagt Gunilla Olsson, Direktorin des UNICEF-Forschungsbüros Innocenti.

Zwischen Februar und Juli 2020 haben die Regierungen der einkommensstarken Länder historische 14,9 Billionen US-Dollar für COVID-19-Massnahmen ausgegeben. Davon entfielen rund achtzig Prozent für Konjunkturpakete für Unternehmen. Diese Finanzspritzen bilden einen wesentlichen Teil der Krisenbewältigung. Jedoch führt diese einseitige Unterstützung von Unternehmen unweigerlich dazu, dass die Folgen der Pandemie die am stärksten benachteiligten Kinder und deren Familien am Härtesten trifft", so Olsson. "Die zweite Welle ist aktuell in vollem Gang, deshalb muss ein besseres Gleichgewicht angestrebt werden."

Anlässlich der ersten Pandemiewelle haben etwa ein Drittel der im Bericht einbezogenen OECD- und EU-Länder keine Massnahmen getroffen, um Kinder zu unterstützen. Und jene Massnahmen von Staaten, die entsprechende Gelder bereitgestellt hatten, dauerten im Durchschnitt lediglich drei Monate. Der kurzfristige Charakter dieser Massnahmen ist indes völlig unzureichend, um der prognostizierten Dauer der Krise und den Risiken der Kinderarmut auf lange Sicht zu begegnen, stellt der Bericht fest.

Der Bericht enthält Richtlinien, die dabei helfen sollen, ein besseres Gleichgewicht zwischen der notwendigen Unterstützung von Familien und deren Kindern sowie von Unternehmen zu finden. Ausserdem beinhaltet der Report entsprechende Strategien zum Schutz von Kindern und Familien vor weiteren Auswirkungen, wenn die zweite Welle von Covid-19 weiter anhält:

- Die öffentlichen und privaten Ausgaben im Zusammenhang mit den sich verschlechternden Lebensbedingungen der Bevölkerung werden lange anhalten. Und sie werden teuer sein, da im Laufe der Zeit eine grössere Nachfrage nach intensiveren sozialen Massnahmen nötig sein wird.
- Die Voraussetzungen zur Förderung von familienpolitischen Massnahmen sollten gelockert werden. Darin inbegriffen sind die Arbeitsbedingungen, die Sozialleistungen und der Aufenthaltsstatus. Damit sollen allen betroffenen Familien mit Kindern der Zugang zu staatlichen Leistungen ermöglicht werden. Darunter fallen die Arbeitslosen-Haushalte, die arbeitsgefährdete Bevölkerung sowie Migranten, die jüngst zugewandert sind.
- Die Massnahmen des Sozialschutzes sollen ausgeweitet werden, um das gesamte Spektrum der Bedürfnisse von Kindern und ihren Familien während COVID-19 abzudecken. Darunter fallen Einkommenszuschüsse, Kostenbeteiligung bei der Verpflegung in Schulen, für die Kinderbetreuung sowie Kosten für Gesundheitspflege und ein Verzicht auf Miet- oder Hypothekenzinse.
- Wenn die Länder auf eine Zeit nach COVID-19 blicken, müssen sie sicherstellen, eine integrative Familienpolitik in den

Mittelpunkt der Massnahmen zur Wiederbelebung der Pandemie-Folgen zu stellen. Diese Massnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, Kinder vor Armut zu schützen und das Wohlergehen aller Kinder zu verbessern.

- Die Unterstützung von Unternehmen kann auch Bedingungen umfassen, die darauf abzielen, familienfreundliche Investitionen dieser öffentlichen Mittel zu fördern - wie etwa die Regelung von Ferien- und Arbeitsbedingungen für Eltern. Solche Optionen wurden bisher in den Konjunkturpaketen nicht ausreichend genutzt.
- Die bestehenden Hilfen und Dienstleistungen für Kinder und Familien sind vor Sparmassnahmen zu schützen. Diese verstärken erwiesenermassen Gewalt, Obdachlosigkeit, schlechte Gesundheit und die Unterbringung von Kindern in Heimen.
- Schliesslich ist auf die Langfristigkeit der Massnahmen zu achten. Einerseits sind die Sozialschutzsysteme zu stärken. Andererseits gilt es eine Kinder- und Familienpolitik zu betreiben, die Armut verhindert. Nur so können Fortschritte bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG's) erzielt und die Widerstandsfähigkeit gegen künftige Schocks erhöht werden.

Hinweise für Redaktionen:

Weitere Informationen über die UNICEF-Forschung zu den Auswirkungen von COVID-19 auf Kinder finden Sie unter: www.unicef-irc.org/covid19

Über UNICEF Innocenti

Das Office of Research - Innocenti ist das spezielle Forschungszentrum von UNICEF. Es führt Forschungen zu neu aufkommenden oder aktuellen Themen durch, um die strategischen Richtungen, Politiken und Programme von UNICEF und seinen Partnern zu informieren, globale Debatten über Kinderrechte und Entwicklung zu gestalten und die globale Forschungs- und Politikagenda für alle Kinder und insbesondere für die am meisten gefährdeten zu informieren. Bitte besuchen Sie: www.unicef-irc.org

Medienanfragen: Jürg Keim, Pressesprecher UNICEF Schweiz und Liechtenstein, j.keim@unicef.ch, +41 44 317 22 41.

Über UNICEF

UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, hat 74 Jahre Erfahrung in Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe. UNICEF setzt sich weltweit für das Überleben und das Wohlergehen von Kindern ein. Zu den zentralen Aufgaben gehören die Umsetzung von Programmen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Bildung, Wasser und Hygiene sowie der Schutz der Kinder vor Missbrauch, Ausbeutung, Gewalt und HIV/Aids. UNICEF finanziert sich ausschliesslich durch freiwillige Beiträge und wird in der Schweiz und Liechtenstein durch das Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein vertreten. Seit 61 Jahren setzt sich UNICEF Schweiz und Liechtenstein für Kinder ein - im Ausland wie im Inland.

Medieninhalte



Mädchen, August 2020, ©
UNICEF/UNI360129

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100004621/100861641> abgerufen werden.